



2005/21 Disko

<https://shop.jungle.world/artikel/2005/21/pflichtvergessenes-kapital>

Pflichtvergessenes Kapital

Von **freerk huisken**

Das Märchen von den guten und den bösen Kapitalisten. von freerk huisken

Der Vorsitzende jener Partei, die seit Regierungsantritt unter Führung des »Kanzlers der Bosse« nur ein Ziel kennt, nämlich den Kapitalstandort Deutschland weltweit konkurrenzfähig zu machen, die sich dabei in ihrer Politik von dem Urteil hat leiten lassen, dass die hiesige Arbeiterschaft einfach zu teuer für die deutsche Wirtschaft sei, die deswegen dem Kapital die Lohnnebenkosten gekürzt und für die Bezahlung sozialer Leistungen den Nettolohn zusätzlich in die Pflicht genommen, die ihren Beitrag zur Senkung der Lohnhauptkosten geleistet, die dem Kapital mit Steuererleichterungen, Billiglohnsektoren und Freiheiten beim Einstellen und Entlassen die Anlage auf dem deutschen Standort attraktiv gemacht, die die Gewerkschaften mit einigem Druck auf ihre Wirtschaftspolitik verpflichtet hat usw., ausgerechnet der Vorsitzende dieser Partei, Franz Müntefering, beginnt eine Kapitalismuskritik. Nicht nur das: Diese Kritik wird einige Zeit zum beherrschenden Thema in Politik und Öffentlichkeit, in der Müntefering ebenso Beifall – etwa für seinen »Mut« – wie Widerspruch – wegen »ungerechter Verteufelung der Marktwirtschaft« und falschen Tonfalls – erntet und die in eine »Kapitalismusdebatte« mündet. Die befasst sich vornehmlich mit der Frage, ob denn dieser Sozialdemokrat den Kapitalismus überhaupt bzw. so kritisieren darf, wie er es getan hat, nämlich mit drastischen Vergleichen aus der Fauna, Abteilung Insekten, Unterabteilung Saltatoria.

Kein Wunder, dass in der »Kapitalismusdebatte« eines fehlt: die Beschäftigung mit der Frage, was der Franz, den die Genossen kürzlich zwecks publikumsnaher Volksbetreuung in das höchste Parteiamt gewählt haben, eigentlich kritisiert hat. Die Frage könnte deswegen von einiger Bedeutung sein, weil es neben zutreffender vor allem jede Menge falscher Kritik am Kapitalismus gibt. Münteferings Schelte gehört, wer hätte das gedacht, zur zweiten Abteilung. Und für diese falsche Sicht der auf Privateigentum gegründeten, von der Staatsmacht abgesicherten Ökonomie, die »bei Strafe ihres Untergangs« (K. Marx) den Zweck der Gewinnvermehrung verfolgt und die lohnabhängige Bevölkerung systematisch verarmen lässt, macht Müntefering ordentlich Werbung.

Er wirft kapitalistischen Unternehmen nämlich vor, ihrer Verantwortung, Arbeitsplätze zu schaffen, nicht nachzukommen. Das ist der zentrale Kern seiner Kapitalistenschelte. Dem kapitalistischen Eigentum attestiert er zunächst einen Zweck bzw. Auftrag, den es einfach nicht hat, um dann zu konstatieren, dass die Kapitalisten sich einfach nicht an seine Erledigung

machten. So, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt, erklärt er den Wirtschaftsbossen, dass es ihr Job sei, neue Arbeitsplätze einzurichten. »Arbeitgeber« sind sie für ihn, die deswegen, weil sie die Herren über Arbeitsplätze sind, dann eben auch die Verantwortung dafür haben, Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen.

Der entscheidende kapitalistische Vorbehalt beim Arbeitgeben wird dabei vornehm übergangen: Kapitalisten schaffen Arbeitsplätze nicht, damit es sie gibt und damit arme Leute eine Einkommensquelle haben. Jeder eingerichtete und mit Lohnarbeitern besetzte Arbeitsplatz muss sich fürs Geschäft lohnen, muss so eingerichtet sein, dass aus bezahlter Arbeit möglichst viel unbezahlte Arbeit herausgeholt werden kann. Nur dann gibt es Arbeitsplätze, und zwar genau so viele davon, wie es in die Kalkulation passt. Und wenn der Unternehmer von der Konkurrenz darüber belehrt wird, dass an seinen Arbeitsplätzen nicht rentabel gearbeitet wird, zieht er die Konsequenzen und rationalisiert, optimiert das Verhältnis von Lohn und Leistung, entlässt oder tut alles zugleich. Die Verantwortung, die Kapitalisten besitzen und die ihr Management gelegentlich zu Höchstleistungen bei der Optimierung von Ausbeutung anstachelt, ist allein ihrem Interesse verpflichtet: Das Geschäft muss laufen und sich in der Konkurrenz behaupten. Jede andere Verantwortung lehnen kapitalistische Unternehmer als geschäftsschädigend ab. Sie übernehmen keine für die Tauglichkeit des von ihnen ausgezahlten Lohns, mit ihm eine Familie zu ernähren, und halten sich in der Frage, ob der Mensch ihre Fabrikarbeit überhaupt ein Arbeitsleben lang aushalten kann, für nicht zuständig. Weder sehen sie sich in der Verantwortung, wenn ihre Warenberge nicht verkäuflich sind und andernorts Menschen hungern, weil sie sich das Zeug nicht kaufen können, noch bekommen sie Skrupel, wenn ihr Geschäft mit Waren, die Tod und Elend produzieren, gerade deswegen so richtig brummt.

Müntefering, der hier sein Meisterstück in Sachen falscher, moralischer Kapitalismuskritik abgeliefert hat, möchte dem Wahlvolk die Vorstellung vermitteln, dass der Kapitalismus, so wie er ihn gern hätte, von einer Art wechselseitiger Verpflichtungserklärung zwischen dem »Staat« und der »Wirtschaft« lebe: Die Wirtschaftspolitik ist dazu da, den Unternehmen günstige Bedingungen am nationalen Standort zu schaffen, und die Unternehmer verpflichten sich zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Dabei darf man, ja man soll sogar in dem Volksverarmungsprogramm Agenda 2010 die Vorleistungen der rotgrünen Regierung entdecken und in den fünf Millionen Arbeitslosen die nicht erbrachte Gegenleistung der Kapitalisten.

Dabei ist nichts alberner als diese Geschichte von dem Geschäft auf Gegenseitigkeit. Einem kapitalistischen Unternehmer würde so etwas nicht im Traum einfallen, da die Kalkulation mit lohnender Arbeit nicht an staatlichen Zugeständnissen, Steuergeschenken und günstigen Standortbedingungen, sondern am Erfolg ihrer Nutzung auf dem Markt hängt. Ob Lohnsenkungen zu privatwirtschaftlichen Geschäftserfolgen führen, das ist immer die eine Frage, eine ganz andere ist es, was das Kapital mit einem solchen Erfolg anstellt. Bekanntlich stehen ihm da so einige Möglichkeiten offen: Erweiterung der Produktion, Kapitalexport, Anlage in Fonds, Spekulation an der Börse usw. Dass gegenwärtig Gewinn und zusätzlicher Kredit zur Rationalisierung eingesetzt werden, also zum Abbau von Arbeitsplätzen führen, ist bekannt. Und kein Kapitalist ist um die Begründung verlegen, dass nur so – und begleitet von weiteren Lohnkürzungen, versteht sich – die verbleibenden Arbeitsplätze gerettet werden können. Selbst die Wirtschaftspolitiker haben ihre Agenda 2010 nicht in dem Glauben durchgesetzt, dass Wirtschaftswachstum mit der Vermehrung von Arbeitsplätzen identisch ist. Es wäre nun wirklich eine allzu alberne Logik, welche dem Kapital schnuckelige Geschäftsbedingungen schafft und

dafür erwartet, dass die Unternehmen sich von eben diesem staatlich anerkannten Geschäftsstandpunkt verabschieden und ganz gegen ihre Rentabilitätsabwägungen Arbeitsplätze schaffen.

Studiert man Müntefering genauer, stellt man fest, dass seine Schelte nicht einmal den Kapitalisten gilt. Ihm ist an einer Sortierung gelegen, die je nach Stimmung und Klientel das Kapital in Große und Kleinere, sprich: in Mittelstand und Großkonzerne unterteilt, die am Mittelstand dann das Bodenständige ausmacht, dieses mit Verantwortungsbewusstsein verschönert, sodass schnell aus der ersten Sortierung eine zweite wird und zwar die nach hiesigem, nationalem Kapital, eben dem deutschem Mittelstand, und den auswärtigen Multis, die – und da lauert bereits die dritte Sortierung – vor allem in Gestalt des verantwortungslosen spekulativen Finanzkapitals nur deutsche Firmen und deren Arbeitsplätze ruinieren wollen.

Sehr kalkuliert wird hier dem deutschen Arbeiter, der mit schwieriger Faust Produkte »made in Germany« schafft, der ausländische Börsenhai gegenübergestellt, der sich mit seinen »Hedge Fonds« oder den »Private-Equity-Investoren« an den Früchten ehrlicher deutscher Arbeit bereichert, ohne einen Finger krumm zu machen. Eine schöne Reklame ist das für den Kapitalismus; und zwar für einen Kapitalismus ohne »Auswüchse«, wie bei Müntefering all jene großen, ausländischen Kapitalisten heißen, denen er Pflichtvergessenheit, Verantwortungslosigkeit und Vaterlandsverrat vorwirft. Als ob das kleine und das große, das in- und ausländische, das Industrie- und das Finanzkapital nicht immer nur vom Interesse am Gewinn getrieben wird; als ob vom deutschen Mittelstand noch nie ein Lohnabhängiger entlassen worden sei, als ob es kein deutsches Finanzkapital gäbe, als ob nicht jedes kapitalistische Geschäft immer eine Spekulation auf Markterfolge sei und als ob es den »Heuschrecken«, die ganze Unternehmen aufkaufen, um sie – filetiert, runderneuert, gesundgeschrumpft etc. – zu verkaufen, nicht auch nur um den Gewinn ginge.

Ob der nationalistische Tonfall, der mit Versatzstücken faschistischer Kapitalismuskritik kokettiert, gewollt ist oder nicht, ist egal: Bei den Nationalisten wird er schon Eindruck machen. Wie hat Angela Merkel neulich, diesen Tonfall treffend, gesagt: »Fünf Millionen Arbeitslose sind unpatriotisch!« Da will die SPD beim Wähler nicht nachstehen.

Welcher Teufel den Müntefering bei der Abfassung seiner Rede geritten hat, ist kein Geheimnis. Eine SPD, die die kleinen Leute ihre Armut anlasten, weil Schröder erstens an der Regierung ist und zweitens versprochen hat, die Arbeitslosigkeit zu halbieren, verliert Wahlen, sodass ihre Macht in Frage gestellt ist. Was muss da her? Eine Wahlkampfagitatorin, die den Wählern mitteilt, dass nicht die SPD an ihrer Lage schuld ist, sondern das pflichtvergessene Kapital, genauer: das pflichtvergessene große, ausländische Finanzkapital. Die politische Macht, so lautet die Botschaft, gehört weiter in die Hände der Sozis, die sich mit ihrer Wirtschaftspolitik auch in Zukunft um Arbeitsplätze so kümmern werden, wie es ihre nationale Aufgabe ist. Sie werden, wie gehabt, der Kapitalistenklasse die Geschäftsbedingungen verbessern. Und wenn dann daraus keine Arbeitsplätze erwachsen, dann soll man daran denken, dass die SPD dafür nichts kann. Ob das ein guter Grund fürs Wählen ist, wenn man denn schon unbedingt wählen will und nach wie vor nichts dabei findet, dass man das Kapital nicht abwählen kann, sei dahingestellt.